Deutsches Reich.

Leipzig, 13. Januar.

* **Der Vorsitzende der Leipziger Handelskammer über Schiffahrtsabgaben.** Zu der gerade jetzt im Vordergrunde der inneren deutschen Politik stehenden Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen hat sich der Vorsitzende der Handelskammer Leipzig, Geh. Kommerzienrat Kweiniger, in seiner Neujahrsansprache am 5. Januar mit den nachstehenden Sätzen geäußert: „Zur Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben nahm die Kammer erneut Stellung anläßlich einer ihr von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin zur Unterstützung übersandten Eingabe an den Bundesrat. Es wurde in der Anschlußeingabe der Kammer insbesondere betont, daß die Einführung von Schiffahrtsabgaben für Leipzigs Handel und Industrie von tiefeinschneidender Bedeutung ist und daß die Mehrbelastung der ganz oder teilweise auf dem Wasserwege nach Leipzig beförderten Güter dem Handel Leipzigs empfindlichen Schaden zufügen würde. Inzwischen ist auch die langerwartete Denkschrift Preußens zu dieser Frage und nicht lange darauf auch die Gegendenkschrift Badens und Sachsens erschienen. Gegenüber den vielfach unklaren oder doch wenigstens unbestimmten und dunklen Ausführungen Preußens über seine Absichten, Einrichtungen und Vorkehrungen hinsichtlich der Höhe, Wirkungen und Verwendung der Abgaben zeichnet sich die badisch-sächsische Denkschrift in wohltuender Weise durch die Klarheit und Deutlichkeit ihrer Sprache und ihrer Gedanken aus. Hoffentlich wird sie nicht nur von den beteiligten Kreisen in Schiffahrt, Handel und Industrie, sondern vor allen Dingen auch von den zuständigen preußischen Stellen in ihrer tieferen Bedeutung verstanden werden und auch weitere Volkskreise über die einschlägigen Fragen aufklären und zu dem wünschenswerten Widerstande gegen die Einführung der Schiffahrtsabgaben anfachen. Möge die preußische Regierung endlich von ihrem in seiner Entstehung wie in seiner bisherigen Behandlung höchst unglücklichen Vorhaben abstehen und sich schon allein im Interesse des weiteren guten Einvernehmens der beteiligten Bundesstaaten zur Zurückziehung der Vorlage entschließen.“ — Nach den Ausführungen des preußischen Finanzministers im Abgeordnetenhause scheint dieser Wunsch leider nicht in Erfüllung gehen zu sollen.

*

* **Der Seniorenkonvent des Reichstages** verhandelte am Mittwoch vor Beginn des Plenums über die Verteilung der Arbeiten bis zu den Osterferien; vom 11. Januar bis zum 19. März stehen abzüglich Kaisers Geburtstag und eines katholischen Feiertages für Plenararbeiten zur Verfügung 56 Tage. Hiervon sind vorgesehen für die Behandlung der vorliegenden Interpellationen und Justizgesetze 8 Tage, für die zweite Lesung des Etats 35 Tage, für die dritte Lesung des Etats 2 Tage, für unvorgesehene Fälle 5 Tage, als sitzungsfreie Tage 6 Tage, und zwar der 22. und 24. Januar, der 7., 8., 26. und 28. Februar. Auf die Tagesordnung am Donnerstag kommen die Justizgesetze, darauf folgen die Interpellationen, so daß in der zweiten Hälfte der nächsten Woche die zweite Etatberatung beginnen kann, und zwar mit dem Justizetat.

* **Die Budgetkommission des Reichstags** trat am Mittwoch in die Beratung der Vorlage betreffend den Ausbau der kolonialen Eisenbahnen, ein und beschäftigte sich zunächst mit dem Bau der Usambara-Bahn und dem Ausbau des Hafens in Tanga, wofür zwei Millionen gefordert werden. Staatssekretär Dernburg verbreitete sich über die Finanzierung der Bahn nach dem Kilimandjaro. Was seine Besiedelung anbelange, so stehe er auf dem von ihm stets eingenommenen Standpunkte, daß die für Ansiedelungen erforderlichen staatlichen Veranstaltungen getroffen werden und insbesondere den Bahnen tunlichste Förderung zuteil werde. Gegenwärtig werde auch am Kilimandjaro eine Pflanz- und Versuchsanstalt eingerichtet, um festzustellen, welche Nutzpflanzen dort gedeihen. Von seiten der Massari drohe keine Gefahr. Sie hätten sich in den letzten Jahren ruhig verhalten. Redner machte dann nähere Angaben über den beabsichtigten Ausbau des Hafens von Tanga. Unterstaatssekretär v. Lindequist machte längere Ausführungen über die Ergebnisse seiner ostafrikanischen Reise. Aus seinen Erfahrungen in Britisch-Ostafrika möchte er hervorheben, daß dort bei Nairobi die Besiedelung gute Fortschritte mache und daß neuerdings besonders die Zucht von Wollschafen sich günstig entwickelt habe. In Deutsch-Ostafrika habe er zunächst auf dem Hochland beim Viktoriasee große klimatisch günstige Steppengebiete gefunden, die für Viehzucht wohl geeignet seien. Die Wasserverhältnisse seien günstig. Die Hochflächen seien sehr schwach mit Eingeborenen bevölkert. Er habe dann die Gebiete von Meruberg und Kilimandjaro besucht. Die Bodenproben bei Arusch hätten ein sehr günstiges Ergebnis gehabt. Die dort angesiedelten Buren hätten nur zum Teil Tüchtiges in der Viehzucht geleistet. Auch mit Wollschafzucht und Pferdezucht seien Anfänge gemacht worden. Einige Deutsche, die sich dort niedergelassen hätten, scheinen gut fortzukommen. Dasselbe könnte auch von einer Anzahl von Deutschen gelten, die sich am Kilimandjaro niedergelassen hätten. Dort sei bereits besonders Kaffee mit gutem Erfolge gebaut worden. Fortsetzung der Beratung Donnerstag.

* **In der Kommission des Reichstages für den portugiesischen Handelsvertrag** erklärte Ministerialdirektor v. Körner, der Vertrag habe seine Mängel, doch sei er nach dem einstimmigen Urteil des wirtschaftlichen Ausschusses und zahlreicher Interessenten einem vertragslosen Zustand vorzuziehen. Staatssekretär v. Schoen verteidigte die deutsche Diplomatie gegen die erhobenen Vorwürfe. Der deutsche Gesandte in Lissabon habe durchaus seine Schuldigkeit getan. Außerdem hätten die Verhandlungen teilweise in Berlin stattgefunden. Der französische Text des Vertrages sei für Deutschland ausschließlich maßgebend. Im weiteren Verlauf der Diskussion erklärte der Staatssekretär, die in Portugal ansässigen Deutschen seien deshalb nicht gehört worden, weil sie keine Organisation hätten, wohl aber teilweise einander widerstreitende Interessen. Durch die Gesandtschaft und die Konsulate in Lissabon und Oporto sei aber das möglichste geschehen. Hierauf wurde die Weiterbesprechung auf Sonntag vertagt.

* **Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg im preußischen Herrenhause.** Wie am Dienstag im Abgeordnetenhause, so hat sich Herr v. Bethmann Hollweg am Mittwoch auch dem Herrenhause in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident vorgestellt. Er nahm vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort und führte aus: „Seit Abschluß der letzten Session ist in der Führung der preußischen Geschäfte die Aenderung eingetreten, daß der König mich zu den Aemtern berufen hat, in denen Fürst Bülow neun Jahre hindurch Reich und Staat gedient hat. Ich bitte versichert zu sein, daß ich nichts unterlassen werde, um die engen Beziehungen fortzuführen, die zwischen diesem Hause und dem Präsidenten des Staatsministeriums stets bestanden haben. Ich bitte Sie, mir in diesem Bemühen Ihre Unterstützung nicht fehlen zu lassen.“ Die Worte des Ministerpräsidenten fanden lebhaften Beifall.

* **Folgende Interpellationen** sind im preußischen Abgeordnetenhause eingebracht worden: 1) Dr. Porsch (Ztr.): In Kattowitz sind unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte aus Anlaß der Ausübung des kommunalen Wahlrechts Maßregelungen unterworfen worden. Wie rechtfertigt die Staatsregierung diese Beschränkung in der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte? 2) Dr. Porsch (Ztr.): Welche Stellung gedenkt die Staatsregierung, insbesondere auch als Vertreterin des staatlichen Bergbaues, gegenüber der einseitigen Organisation des Arbeitsnachweises, wie er im Ruhrkohlenrevier von seiten der privaten Bergwerksunternehmer mit Zwangscharakter eingerichtet worden ist, in der Folge einzunehmen?

* **Hansabund und neue Telephongebührenordnung.** Unter Führung des Verbandes Danzig des Hansabundes haben nicht nur eine große Zahl von Einzelpersonen, sondern auch folgende, dem Danziger Bezirk angehörenden wirtschaftlichen Verbände der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe und der Arbeitnehmer und Angestellten sich gegen die geplante Erhöhung der Fernsprechgebührenordnung ausgesprochen: die Tischler-Innung, die Maler- und Lackierer-Innung, die Korbmacher-Innung, die freie Buchbinder-Innung, die Dachdecker-Zwangsinnung, die Töpfer-Innung, der Verein der Detaillisten, der Verein der Handlungskommis von 1858 (Bezirksverein Danzig), der Danziger Verein reisender Kaufleute, der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte (Ortsgruppen Danzig und Zoppot), der Westpreußische Verein zur Ueberwachung von Dampfkesseln und der Verband Ostdeutscher Industrieller. Inzwischen haben außer den schon bekannt gewordenen Resolutionen namhafter Verbände des Hansabundes auch die Gruppen Hamburg und Bromberg, ebenso wie der Württembergische Landesverband und die Gruppe München und Oberbayern gegen die geplante Erhöhung der Fernsprechgebühren zugunsten einer Staffelung der Gesprächsgebühren Stellung genommen.

* **Wahlrechtskundgebungen in Preußen.** Am nächsten Sonntag beabsichtigt die Sozialdemokratie in ganz Preußen Wahlrechtsversammlungen zu veranstalten. Für Groß-Berlin sind 60 Versammlungen in Aussicht genommen. Nach Anweisung der Parteileitung soll von jeder Straßendemonstration abgesehen werden.

* **Regierung und Bischöfe im Reichslande.** Gegenüber verschiedenen Zeitungsnachrichten wird festgestellt, daß eine Mißbilligung der Veröffentlichung des Schriftwechsels zwischen dem Staatssekretär und den Bischöfen in der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ durch den Statthalter in keiner Weise erfolgt ist. Auch ist festzustellen, daß eine Meinungsäußerung des Reichskanzlers in dieser Angelegenheit bisher nicht erfolgt ist. — Immerhin ist es dringend erwünscht, daß die Antwort des Statthalters veröffentlicht wird, wenn nicht bedenklichem Mißtrauen in die Standhaftigkeit der Regierung neue Nahrung gegeben werden soll.

Ausland.

Frankreich.

* **Der französisch-türkische Streit um Tunis.** Ausgegangen von einem kleinen Grenzzwischenfall, scheint sich der französisch-türkische Streit um Tunis zu einem ernsteren diplomatischen Konflikt auszuwachsen. Nach einer „Temps“-Meldung verlangt die Türkei mit Berufung auf den Vertrag von Vardo und den Vertrag von 1871, die Tunis als türkische Provinz und den Bei von Tunis als Statthalter des Sultans erklären, die Zusammensetzung einer Grenzkommission, deren Mitglieder mit völligem Ausschluß jeder französischen Einmischung vom Bei von Tunis und dem Gouverneur von Tripolitanien zu bestimmen seien. Dagegen erhob der französische Botschafter in Konstantinopel Einwendung. Frankreich könne einer solchen Kommission keine Autorität zusprechen und müsse auf der Respektierung des französischen Protektorats in Tunis um so mehr bestehen, als gerade der der französischen Regierung niemals amtlich vorgelegte Vertrag von 1871 hier als rechtlich nicht vorhanden betrachtet wird.

* **Die Pariser Elektriker.** Unser Pariser Korrespondent telegraphiert uns: Der Verdacht, daß es sich bei den Kurzschlüssen in den elektrischen Leitungen um einen verbrecherischen Anschlag des Syndikats der Elektriker handelt, hat große Wahrscheinlichkeit gewonnen und wird von der Presse — mit Ausnahme der radikalen Zeitungen — offen ausgesprochen. Die Polizei hat ermittelt, daß kurz vor der Explosion auf dem Boulevard Haussmann zwei Elektriker an der Explosionsstelle tätig gewesen sind, angeblich, um eine kleine Reparatur vorzunehmen. Die Namen der Arbeiter sind noch nicht ermittelt, dagegen aber neun Zeugen des Vorfalls polizeilich festgestellt. Der Führer des Syndikats Pataud wurde zur Vernehmung nach der Polizeipräfektur beordert.

Portugal.

* **Kein Komplott gegen den König Manuel?** Die Meldungen über ein Komplott gegen den König, die wir in unserer gestrigen Nummer zunächst als unbestätigte Gerüchte wiedergegeben hatten, werden vom Lissabon aus natürlich dementiert: Ein Gerücht, das auch in die auswärtige Presse überging, will wissen, daß ein im September vorigen Jahres begangener Patronendiebstahl und die hiermit im Zusammenhang stehende Ermordung eines der Diebe die Polizei auf die Spur eines anarchistischen, gegen die Regierung gerichteten Anschlages geführt hätten, und daß bereits zahlreiche Verhaftungen vorgekommen seien. An dem Gerüchte ist nur richtig, daß jetzt 4 bis 5 jener Diebe verhaftet sind, und diese sämtlich republikanischen Vereinigungen angehört haben. — Soweit der offiziöse Draht. Anderseits werden aber statt der „4 bis (!) 5“ Verhaftungen bedeutend mehr gemeldet. Die „Morningpost“ berichtet aus Lissabon, daß in der Verschwörung gegen König Manuel etwa 80 Verhaftungen erfolgt seien, darunter die des Kommandanten der Schloßwache. „News“ meldet im Gegensatz hierzu, daß es sich um keinerlei Attentatsversuche gegen den König handele, sondern um einen wohlüberlegten Schachzug der Polizei und Regierung gegen die überhandnehmenden republikanischen Klubs.

Türkei.

* **Brüskierung deutscher Offiziere?** Peinliche Zwischenfälle zwischen deutschen Instrukteuren und türkischen Offizieren läßt sich das „Echo de Paris“ aus Konstantinopel berichten. Wir registrieren zunächst die Pariser Meldungen, da eine Kommentierung nach der einen oder anderen Seite so lange als unangebracht erscheinen muß, ehe nicht anderweitige Nachrichten über die angeblichen Zwischenfälle eine Bestätigung bringen. Die Meldungen des französischen Blattes lauten:

Paris, 12. Januar. (Telegramm.) Zwei sehr ernste Zwischenfälle sollen sich zwischen deutschen Instrukteuren und ihren türkischen Schülern, jungen Offizieren, abgespielt haben. General Imhoff Pascha kam am Montag wie gewöhnlich in die Taximkaserne, um seinen Lehrkursus über Artillerie vorzutragen. Kaum hatte der General den Saal betreten, als sich der Major Redjeb Bei erhob und im Namen seiner Kameraden erklärte, daß **der durch den deutschen General erteilte Unterricht viel zu kompliziert sei und vereinfacht** werden müßte. General Imhoff, empört über diese Kritik, zog sich zurück und erstattete **dem Kriegsminister Bericht.** Mahmud Schewket Pascha ließ die Offiziere zu sich rufen und machte ihnen wegen ihres Verhaltens energische Vorstellungen. Er forderte sie auf, sich dem Unterricht des Generals zu fügen oder ihre Demission zu geben. Diese Verhaltungen machten indessen auf die Offiziere, die durchweg der jungtürkischen Partei angehören, keinen Eindruck. Als sich der General am folgenden Tage zum Unterricht einfand, **unterließen es die Offiziere, seinen Gruß zu erwidern,** und nahmen ihm gegenüber eine Haltung ein, die ihn veranlaßte, **den Saal zu verlassen.**

Und noch über einen zweiten Zwischenfall weiß das Blatt zu berichten:

Paris, 12. Januar. (Telegramm.) Ein zweiter Zwischenfall zwischen einem deutschen Instrukteur und einem türkischen Offizier spielte sich in der Taschkischlakaserne ab. Dort soll ein deutscher Instruktionsoffizier einen jungen türkischen Offizier einen Esel genannt haben. Der Beleidigte trat aus der Reihe und **schleuderte dem Instrukteur die gleiche Beschimpfung** an den Kopf. Mahmud Schewket Pascha ließ sechs türkische Offiziere, die sich mit ihrem Kameraden solidarisch erklärt hatten, rufen und befahl ihnen, sich bei dem deutschen Instruktionsoffizier zu entschuldigen oder die Armee zu verlassen. Sie weigerten sich, das zu tun, und das „Komitee für Einheit und Fortschritt“, zu dessen Parteimitgliedern sie zählen, unterstützt sie in ihrem Widerstande. Infolge dieser Zwischenfälle ist die **Stellung der deutschen Instruktionsoffiziere in Konstantinopel sehr schwierig geworden.**

Es ist nur zu wünschen und zu hoffen, daß die Darstellung des französischen Blattes, wenn sich die Vorfälle überhaupt ereignet haben, stark übertrieben ist. Besonders müßte im ersteren Fall auf eine nachdrückliche Ahndung des Verhaltens der türkischen Offiziere gegenüber dem General Imhoff Pascha, der bereits seit etwa acht Jahren als Instrukteur in der türkischen Armee tätig ist, gesehen werden.

* **Das neue Kabinett.** Nach Verhandlungen, die bis nach Dienstagmitternacht dauerten, haben in dem neugebildeten Kabinett Mavrocordato das Ackerbauportefeuille, der jungtürkische Deputierte Emrullah das Unterrichtsportefeuille und der Großwesir interimistisch das Estaksministerium übernommen. Im übrigen entspricht die Ministerliste der bereits gemeldeten. In dem neugebildeten Kabinett befinden sich 8 Jungtürken. Die Presse beurteilt das Kabinett günstig. — Der Sultan hat Hakki Bei den Rang eines Wesirs verliehen, mit dem der Titel Pascha verbunden ist.

Vereinigte Staaten.

* **Abberufung des spanischen Gesandten aus Washington.** Dem „Daily Chronicle“ wird aus Washington gemeldet, daß der spanische Gesandte Marquis de Villalobar plötzlich abberufen worden sei. Einige New Yorker Blätter geben eine recht merkwürdige Erklärung für dies allgemein überraschende Ereignis. Präsident Taft und Frau haben nämlich bei den Empfängen im Weißen Haus einige Neuerungen eingeführt, so z. B. sollen in Zukunft die Botschafter den Vortritt vor den Gesandten und anderen Diplomaten haben. Es ist nicht bekannt, ob der Marquis de Villalobar hiervon Kenntnis hatte, oder ob er durch diese neue Regel seine Würde angetastet sah und sie deshalb ignorieren wollte. Jedenfalls erschien er am Neujahrstage zugleich mit den Botschaftern zur Gratulation beim Präsidenten, worauf er von einem Beamten ersucht wurde, sich zurückzuziehen. Der Marquis soll das nach Madrid berichtet haben, wo man seine Entrüstung teilte und ihm, wie gewünscht, abberief. Es gilt als wahrscheinlich, daß Spanien den Washingtoner Posten eine Zeitlang unbesetzt lassen wird.

Die Denkschrift über die Entwickelung der Schutzgebiete.

O. Berlin, 12. Januar. (Privattelegramm.)

Auch der allgemeine Teil der Denkschrift über die Entwicklung der Schutzgebiete ist nunmehr erschienen. Er schildert die Verwaltung und Verwaltungspolitik, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Wirtschaftspolitik, ferner die Finanzen und die Finanzpolitik. Wir greifen einige Daten heraus:

Die Befriedung unserer Schutzgebiete hat auch in dem Zeitraum 1908/09 merkliche Fortschritte gemacht. Es scheint, als ob die Eingeborenen **dem Weg der friedlichen Arbeit** allmählich größeres Interesse entgegenbringen. In Ostafrika sind im Berichtsjahre Expeditionen der Truppen, die über den Charakter polizeilicher Maßnahmen hinausgingen, nicht vorgekommen. In Südafrika hat bei dem Einfall der Rollsbande im Süden des Schutzgebietes, September 1908, noch einmal der größte Teil der dort stationierten Truppen eingesetzt werden müssen. Dank der sofort angestellten und durchgeführten Verfolgung sowie der loyalen Haltung der Bondelzwarts und der Berseba-Bastards ist das Schutzgebiet vor größeren Unruhen bewahrt geblieben. Die Zwistigkeiten zweier Ovambostämme waren bald wieder geschlichtet. Die Lage im Süden ist zwar immer noch nicht ganz sicher, das erfreuliche Zusammenwirken der englischen Regierung mit unserer Haltung läßt aber hoffen, daß keine neuen Störungen des Landesfriedens mehr auftreten. In Kamerun und Togo ist gleichfalls der Frieden erhalten geblieben.

Unter dem, was über die Grenzregulierungen gesagt ist, dürfte augenblicklich besonders das interessieren, was sich auf Deutsch-Ostafrika bezieht: In Deutsch-Ostafrika stehen die Grenzen gegen Mosambique und Rodesia fest, nur hinsichtlich der Grenzführung im Rovuma, soweit er die Grenze gegen Mosambique bildet, müssen noch weitere Vereinbarungen mit Portugal getroffen werden. Die Notgrenze gegen Britisch-Ostafrika ist von der Küste bis zum Djipesee festgelegt. Der weitere Verlauf dieser Grenze nach Westen ist ebenfalls schon im Entwurf bestimmt, aber noch nicht ratifiziert. Hinsichtlich der Grenze gegen den ehemaligen Kongostaat schweben zurzeit noch Verhandlungen mit Belgien.

An einer andern Stelle der Denkschrift wird zugegeben, daß die Ausgestaltung der Selbstverwaltungsorgane in Südwestafrika erst Opposition bei einem Teile der Bevölkerung gefunden hat, später seien die Maßregeln aber richtiger gewürdigt worden.

Die weiße Bevölkerung in sämtlichen Schutzgebieten wird für den 1. Januar 1909 auf **18 169 Personen** einschließlich Schutztruppe in Südwest und auf **15 465 Personen** ohne Schutztruppe angegeben, während im Vorjahre ohne Schutztruppe in Südwestafrika 13 858 gezählt wurden. Es hat also eine **Zunahme von 1607 Personen** stattgefunden.

In dem Abschnitt über die wirtschaftlichen Verhältnisse wird dem Eisenbahnbau eine besondere Bedeutung beigemessen. Es heißt da: Als Wirkung der dem Verkehr bereits dienenden Eisenbahnstrecken läßt sich nicht bloß der produktionssteigernde Einfluß erkennen, sondern auch der Einfluß auf die so wichtige wirtschaftliche Arbeitseinteilung. Die Tatsache, daß in Ostafrika jetzt schon einzelne Eingeborene für die Bestellung ihrer Pflanzungen eine Anzahl Lohnarbeiter beschäftigen, daß sie dazu übergehen können, Ausfuhrprodukte zu erzeugen, sei allein durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ermöglicht worden. Die Schwankungen des Weltmarktes seien am fühlbarsten für geringwertige Produkte gewesen, namentlich bei hohen Trägerlöhnen für die Transporte zur Küste, aber auch bei besseren Verkehrsverhältnissen. Der **Gesamthandel der deutschen Schutzgebiete** in Afrika und der Südsee betrug 1907 129 906 000 ℳ, im Jahre 1908 138 307 000 ℳ, hat sich also **um 8,4 Millionen Mark gegen 1907 gehoben.**

Sitzung der Stadtverordneten.

* Leipzig, 13. Januar.

Die gestrige Sitzung war zahlreich an kleineren Debatten. Zunächst bei der Frage der „Kursgewinne“. Man stritt sich um die Form der Buchung, denn in der Sache, daß die Gewinne dem Betriebe zufließen sollen, sind Rat und Stadtverordnete einig. Die in Betracht kommende Summe ist an sich geringfügig und auf die Gestaltung des Haushaltplanes ist sie ohne Einfluß. Aber man kratzt jetzt alles zusammen und angesichts der großen Ausgaben, die wir haben, ist das auch gerechtfertigt. Uebrigens werden die Kursgewinne gemacht auf Kosten derjenigen, die 3- und 3½prozentige Anleihe in der Erwartung zeichneten, daß sie für den niedrigen Zinsfuß einmal einen Ausgleich in der Pari-Einlösung haben werden. Eine andere Debatte entspann sich bei dem Punkte wegen Anpflanzung von Bäumen in einer neu hergestellten Straße in L.-Eutritzsch (längs der Berliner Bahn). Der Ausschuß wollte zwar ebensowenig wie vor Jahresfrist von der Anpflanzung etwas wissen, allein die Mehrheit des Kollegiums war diesmal dafür, ob so erfocht der Rat, wie vorher bei dem angenommenen Vertagungsantrag, einen zweiten „Sieg“. Anders war die Sache bei dem Pferdestallgebäude auf dem Karnahlschen Gute in Wafewitz. Der Pächter soll einen Beitrag von 2500 ℳ für diesen Bau haben, da aber die Amtshauptmannschaft Grimma aus Schönheitsgründen ein Satteldach auf dem Gebäude wünscht, so wünscht sich der Pächter seinerseits 500 ℳ Beitrag mehr. In den Ausschüssen meinte man, daß 2500 ℳ genug seien. Nachdem Stadtverordneter Höhne und Stadtbaurat Trautmann „historische“ Schilderungen über Entstehung und Verlauf der Sache, nebst Hinweisen auf die Planungen und dergleichen mehr gegeben, auch Stadtbaurat Scharenberg und einige andere noch das Wort ergriffen hatten, wurde der Ausschußantrag einstimmig angenommen. Der Beitrag dürfte auch noch zu dem Satteldach ausreichend sein. Bei dem Punkte „Rechnung des Armenamtes auf das Jahr 1907“, also eine längst vergangene Zeit, hielt der Stadtverordnete Heil den Zeitpunkt für gekommen, über zukünftige Pläne sich auszusprechen und Wünsche über ein großes Zentral-Armenhaus usw. zu äußern. Vom Ratstische aus wurde darauf etwas eingegangen. Dann konnte der Vorsteher die zum Haushaltplan gehörende „Debatte als geschlossen“ erklären. Die Richtigsprechung der Rechnung (weiter kam nämlich nichts in Frage) erfolgte dann glatt. Die Schaffung der Stelle eines leitenden Arztes im neuen Krankenhause St. Georg veranlaßte den Stadtverordneten Dr. Bennewitz, um Errichtung einer mittleren Verpflegklasse zu ersuchen. Dieser Antrag wurde auch mit großer Mehrheit angenommen. Endlich wurde zum Schluß die Einführung eines einheitlichen Wasserpreises von 18 Pfennig pro Kubikmeter beschlossen. Im Interesse aller kleineren Abnehmer ist das zu begrüßen.

*

* Den Vorsitz führt der Vorsteher Justizrat Dr. Rothe. Am Ratstische anwesend Oberbürgermeister Dr. Dittrich, Bürgermeister Roth, Stadträte Esche, Trautmann, Dr. Pallmann, Seifert, Dr. Köhler, Rehwoldt, Gangloff, Peters, Dr. Weber, Lampe, Decker, Meyer, Pfeiffer, Hofmann, Scharenberg, Dr. Ackermann, Ryssel.

Die Vereinigung der Lehrer an den städtischen Schulen bittet in einer an den Rat und die Stadtverordneten gerichteten Eingabe darum, daß für die städtischen höheren Schulen ein besonderer gemischter Ausschuß eingerichtet werde, in dem, etwa nach dem Vorbilde des in Dresden bestehenden Ausschusses, neben den Direktoren und Rektoren auch den Lehrern eine ständige Vertretung gewährt wird. Die Eingabe wurde vom Stadv. Jähne zur seinigen gemacht.

Die hierauf vorgenommenen Ausschußwahlen hatten folgendes Ergebnis:

I. Tiefbauausschuß: Stadtverordneter Schwalbach (an Stelle des Baurats Franke).

II. Gemischte Ausschüsse usw.

1) Ausschuß für Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung: Stadtv. Dr. Bischoff, Höhne, Lüttich, Dr. Mayer, Pollender und Püschel.

2) Armendirektorium: Aus dem Kreise der Stadtverordneten: Stadtv. Dr. Fritzsche, Lange, Löwe und Wagner.

3) Ausschuß für die Bäderfrage: Stadtv. Böhme, Käppler, Pollender, Schnauß und Dr. Sonnenkalb.

4) Gemischter Baupolizeiausschuß: Aus dem Kreise der Stadtverordneten: Stadtv. Jahrmarkt und Käppler. Aus der Bürgerschaft: Baurat Moritz Theodor Kösser und Baumeister Friedrich Max Uhlemann.

5) Gemischter Ausschuß für die Döring-Gröppler-Stiftung: Oberlehrer Professor Berlit (an Stelle des Steindruckereibesitzers E. Funke).

6) Gemischter Ausschuß für die Einquartierung: Aus dem Kreise der Stadtverordneten: Stadtv. Dr. Bischoff, Conrad, Frenzel, Körner und Püschel. Aus der Bürgerschaft: Gastwirt Johann Georg Grimpe und Posthalter Kaufmann Franz Emil Jäger.

7) Gemischter Ausschuß zur Beratung über Einverleibung von Vororten in den Stadtbezirk: Stadtv. Böhme, Vizevorsteher Enke, Stadtv. Dr. Harrwitz, Höhne, Lehmann und Dr. Mayer, Vorsteher Dr. Rothe und Stadtv. Schönherr.